

presse

Union und FDP lassen deutsche Fischer im Stich

Zur Ablehnung des Antrages der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik im zuständigen Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erklärt der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Holger Ortel:

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik enthält wichtige Positionen, die bislang über die Parteigrenzen hinweg akzeptiert waren. Mit der heutigen Ablehnung des Antrages fallen Union und FDP den deutschen Fischern und ihrer eigenen Bundesregierung in den Rücken.

Mit der heutigen Ablehnung des Antrages der SPD-Bundestagsfraktion fallen Union und FDP den deutschen Fischern und ihrer eigenen Bundesregierung in den Rücken.

Unser Antrag enthielt wichtige Forderungen, wie den Erhalt der relativen Stabilität, die Vermeidung der Einführung handelbarer Quoten und eine bestmögliche Reduzierung von Beifängen. Diese Positionen waren bislang auch über Parteigrenzen hinaus akzeptiert.

Für die deutschen Fischer sind diese Punkte von entscheidender Bedeutung. Die vielen handwerklichen Familienbetriebe brauchen Sicherheit. Wir haben mit unserem Antrag ein klares Bekenntnis für die Fischer und für eine nachhaltige Fischerei abgegeben.

Union und FDP sahen sich bislang als Verteidiger der Interessen der deutschen Fischer. Sie haben heute deutlich gemacht, dass sie nicht wissen wie sie

deutschen Fischer unterstützen wollen.

Die Diskussion um die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik ist in vollem Gange. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um in Brüssel Einfluss auszuüben. Die Koalitionsfraktionen haben es nicht geschafft, dazu einen eigenen Antrag zu formulieren - ein Armutszeugnis für beide Parteien.